



BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax	Datum
			DW DW	

Konsultation über Fahrgastrechte im internationalen Reisebusverkehr

Die Bundesarbeitskammer (BAK) als die gesetzliche Interessenvertretung von rd 3 Mio ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen in Österreich bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen des Konsultationsverfahrens.

Die Europäische Kommission beabsichtigt durch eine Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr eine substanzielle Verbesserung für die Reisenden. Vorbild für diese Regelung sollen die Fluggastrechte sein.

Darüber hinaus ist nun auch geplant, die Rechte von Reisenden in der Europäischen Union grundsätzlich zu stärken und somit auch den Bereich des internationalen Reisebusverkehrs einzubeziehen.

Die Bundesarbeitskammer begrüßt diese Initiative als einen wichtigen Schritt bei der Schaffung eines EU-weit einheitlichen Rechtsschutzes auf hohem Niveau für die Fahrgäste von Reisebusunternehmen.

Hervorzuheben ist insbesondere auch, dass es sich um ein verbindliches Regelwerk in Form einer Verordnung handeln sollte. Die BAK ist überzeugt, dass sich die Rechte der Fahrgäste nur auf diesem Wege tatsächlich durchsetzen und sicherstellen lassen. Daneben sind aber auch Maßnahmen zu treffen, die die Qualitätsstandards allgemein heben und das Angebot im Sinne der KundInnen grundsätzlich verbessern.

Die Intention der Europäischen Kommission die verbindlichen Fluggastrechte und die im Entwurf vorliegenden verbindlichen Fahrgastrechte im Schienenverkehr als Vorbild für eine Regelung verbindlicher Fahrgastrechte im Reisebusverkehr heran zu ziehen wird ausdrücklich begrüßt.

Die Arbeiterkammern konnten sich als die Fahrgast- und Pendlervvertretung etablieren. Bei uns werden sämtlich Anliegen, Wünsche und Beschwerden der BenützerInnen gesammelt und gebündelt an das betreffende Verkehrsunternehmen oder die Verkehrsverbundorganisation weitergeleitet.

Insofern wird angeregt, die Einbeziehung von Fahrgastorganisationen in eine künftige Regelung über die Rechte von Reisenden verpflichtend vorzusehen.

Weiters sollte aus unserer Sicht nicht nur der grenzüberschreitende internationale Reisebusverkehr von der zukünftigen Regelung umfasst werden. Eine Gleichstellung der Fahrgäste – egal ob sie grenzüberschreitend international oder national in Reisebussen befördert werden - scheint geboten. Dieses Ziel wird auch bei der Regelung der Fahrgastrechte im Schienenverkehr angestrebt und sollte hier ebenfalls verfolgt werden.

Abschließend weist die BAK darauf hin, dass es im internationalen grenzüberschreitenden Reisebusverkehr kaum internationale Abkommen gibt, die die Frage der Rechte von Reisenden beinhalten. Aus diesem Grund ist eine einheitliche Regelung für Reisende sinnvoll und erstrebenswert.

Wir hoffen auf Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Tumpel
Präsident

Maria Kubitschek
iV des Direktors